

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nicht unerwähnt einigermassen demnachste über...

Verantwortlicher Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Französische Angriffe an der Wisne gescheitert.

Der diplomatische Kampf gegen Wilson.

Amstisch. Großes Hauptquartier, 30. Oktober. Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerguppe Kronprinz Rupprecht.
 Zu der 24-Stunden-Operation, zwischen der Wisne und Gdansk, bei Hamars und Englefontaine wurden die letzten Angriffe des Gegners abgewiesen. Das englische Geschwader gegen die Nordküste von Tourmal und die Ertrinken der Schwedenbrücke forderte wiederum erhebliche Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Seezerguppe Deutscher Kronprinz.
 Am Duse-Sanal scheiterten am frühen Morgen heftige feindliche Angriffe. Nach hartem Artilleriekampf nahm die französische Flotte die Gdansk-See und der Wisne in der Einfahrt zahlreicher Panzerwagen seine Angriffe wieder auf. Die in den letzten Kämpfen der letzten Woche beteiligten Kreuzer der Arminen der Generale Oberhardt und v. Bloch haben auch gestern wieder einen vollen Erfolg in der Abwehr erlangt. Die feindlichen Panzer auf der 16 Kilometer breiten Küstengebiet sind zurückgedrängt. In den Kämpfen am Nordende von Kleinmuntin zeichnete sich das Brandenburgische Leibgrenadierregiment Nr. 4, ferner die 2. Brigade des Westfälischen Infanterieregiments Nr. 33 und auf den Wisne-Östern das Brandenburgische Pionierregiment Nr. 90 besonders aus. Die Stellung nordwestlich von Sereph, die vorher verloren gegangen, wurden im Gegenangriff wieder erobert. In den Abendstunden ließ der Feind wieder

hofft zu heftigen Teilangriffen vor, die abermals von unseren Einheiten scheiterten. Der Feind hat gestern schwere Verluste erlitten; zahlreiche Panzerwagen wurden zerstört. Weiterhin von Douziers und östlich der Wisne zeitweilig Artilleriekampf.

Wir schossen gestern 27 feindliche Flugzeuge und 6 Geschütze ab. Kapitän Dör erlangt in den letzten Tagen seinen 31. bis 34., Kapitän Frommer seinen 30. Lufttag, Kapitän Käfer seinen 25. Lufttag.

Der Chef des Generalstabes des deutschen Heeres (M. L. B.)



Wer will, daß es zum Frieden kommt, der zeichne Kriegsanleihe.
Und wer will, daß der Frieden möglichst gut wird, der zeichne erst recht Kriegsanleihe.
 Darum zeichne!

Die Waffenstillstandsbedingungen. — Entscheidungen vor dem Zusammentritt des Friedenskongresses? — Wilsons Absichten.
 (Telegramm unseres Korrespondenten)

Die diplomatische Situation zwischen den Alliierten und Amerika bleibt weiter unklar. Es ist eine erstaunliche Erscheinung, die beweist, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird, daß nach vier Kriegsjahren sich die leitenden kriegführenden Staaten auf der Gegenseite noch nicht über das, was sie verlangen oder nicht verlangen sollten, klar sind. Der englische Arbeitsminister Barnes sagt ganz richtig in dem Postscriptum eines Briefes, er halte es jetzt doch für gut, wenn die Alliierten ein einheitliches Friedensprogramm aufstellten, obgleich bei der Abfassung eines entsprechenden Dokumentes sehr leicht Schwierigkeiten entstehen könnten. Der Minister des Auswärtigen Balfour macht eine Scene im Unterhaus, weil man von ihm eine klare Mitteilung über Englands Absichten verlangt, und beschwert, er könne nicht über Themen, die mit den Verhandlungen behandelt werden müssen. Und in derselben Sitzung wird gefragt, ob die Regierung verbiete Angriffe in den Zeitungen gegen Wilson fördern? Alles geschieht, um nach außen hin die Alliierten unter sich und ihrem Verhältnis zu Amerika als einzig erscheinen zu lassen. Die Disziplin der englischen Presse bei dieser Gelegenheit ist bewundernswürdig. Inzwischen äußert sich fortgesetzt in allerlei Feinheiten der Wunsch Englands, Deutschland zu strafen und zu ruinieren. Der König spricht davon, daß es noch zu einem vollständigen, entscheidenden Sieg kommen müsse. Führt man zusammen, was für Waffenstillstandsbedingungen auch von den Seiten gefordert werden, denen man offizielle Einflüsse nachgeben kann, so kommen herausgabe deutscher Feindgenossen, Waffenlieferung oder mindestens Übergabe der Artillerie, vollkommene Auslieferung der Seekreistkräfte heraus. Man sieht wahrhaftig nicht zu schwarz, wenn man annimmt, daß Lloyd George und Balfour mit diesem Programm nach Paris gereist sind.

Inmitten dieses Gefäßes gegen Deutschland tritt Wilson wieder in die Rolle des „großen Unbekannten“ zurück, teils weil ihm die Ansehensmöglichkeit durch die Presse in auf-fallendem Grade fehlt — mehr denn je beherrschte die Jingo-press die Welt —, teils weil er sich erst die nötige Klarheit bei den Alliierten schaffen muß. Wir wissen heute, daß Wilson seine erste und auch seine zweite Note folgen lassen allein verfaßt und sie wahrscheinlich nur mit dem Oberst House besprochen hat. Wilson fürchtet, daß die Politik, die er vorschlug, durch zu viele Ratgeber auf den Holzweg kommen könnte, und es sieht sehr, daß eine etwaige Fühlungnahme zu den Alliierten tatsächlich nicht von ihm ausgegangen ist. Allein schon diese Entschuldigungsrede der beiden Voten gibt einen ausreichenden Grund für die Vermutungen, die nun von Amerika aus gemacht werden, um das englische Publikum über die Rolle, die England in diesen entscheidenden Tagen spielen wird, zu beruhigen. Wir hören z. B., daß schon bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand England die Gelegenheit haben werde, die maritimen und kolonialen Probleme, für die England hauptsächlich ein Interesse hat, entscheidend zur Sprache zu bringen. Das würde also auf diejenigen Waffenstillstandsbedingungen zu sprechen kommen, die wir den Engländern, wie wir glauben, mit Recht angezogen haben. Es hat überhaupt den Anschein, daß zwischen Frankreich und England gegenüber Amerika eine gewisse Arbeitsteilung bei den Verhandlungen beabsichtigt ist, indem Frankreich von Colonel House sehr weitgehende Bedingungen für die Vandalarmee fordern dürfte, England dagegen zur See. Es liegt in der Stellung der Probleme, die den Inhalt der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Alliierten und Amerika bilden, bereits eine Art von Vorentscheidung für die Friedensverhandlungen selbst. Wenn jetzt besonders von französischer Seite eifrig berichtet wird, daß Oberst House sich nur um die Waffenstillstandsbedingungen kümmern werde und keineswegs um die Friedensprobleme, so liegt darin ein deutlicher Fingerzeig, für wie wichtig man es auf seinen der Gentente hält, gewisse für die Zukunft bestimmende Entscheidungen des Waffenstillstands herbeizuführen. Dem gehört für Frankreich zum Beispiel die Entscheidung der Frage, ob Esch-Köthringen während der Friedensverhandlungen von Frankreich besetzt oder neutralisiert oder Deutschland belassen werden soll. Würde ferner England seine Forderung auf Auslieferung der deutschen Seekreistkräfte bereits als Waffenstillstandsbedingungen durchsetzen, so könnten die späteren Friedensverhandlungen natürlich nur den einmal gefassten Zu-

Der Generalquartiermeister.

Von verschiedenen Seiten wird die Ernennung des Generalleutnants von der zum Nachfolger Ludendorffs gemeldet. Wir haben bisher noch keine sichere Nachricht bekommen, weil uns von innerster Seite mitgeteilt worden war, daß sie zum mindesten in diesem, nicht zutreffend sei. Für den Posten des Generalquartiermeisters war General v. Fohrer oder General v. Seeft, der vormalige Chef des Stabes, in Aussicht genommen. Gleichzeitig ergab sich allerdings die Situation, der Wunsch, bei der Demobilisierung Generalleutnant Groener in leitender Stellung zu sehen. Damit war nicht genug, daß Groener gerade den Posten Ludendorffs übernehmen sollte. Generalleutnant Groener, seine Tätigkeit in Klein eingestellt hat, kam nach Berlin und ist hier ebenfalls nach dem Großen Hauptquartier abberufen. Die Regierung wünscht, Hindenburg in der Wahl seines Mitarbeiters die Hand zu lassen, und zur Stunde ist noch nichts darüber bekannt, ob einer der beiden anderen genannten Generale zum Generalquartiermeister ernannt und für Generalleutnant Groener besonderer Posten, der ihm die Leitung der Demobilisierung erteilt werden würde, geschaffen werden oder ob von der Schaffung eines neuen Postens abgesehen werden wird. In letzterem Falle würde Generalleutnant Groener zum Generalquartiermeister werden.

Proklamation der Unabhängigkeit von Kroatien, Slavonien und Dalmatien.

Beschluß des kroatischen Sabors. — Die nationale Begeisterung in Kroatien. (Telegramm unseres Korrespondenten)

O Budapest, 29. Oktober.
 Unter großer Begeisterung der Bevölkerung vollzog sich heute in Zagreb (Agrar) die historische Sitzung des kroatischen Sabors. Während der Sitzung sang die Menge auf dem Platz vor dem Saborgebäude die kroatische Hymne, die große Donnglocke läutete, 24 Geschützpatronen erdröhnten. Die Mitglieder des Nationalrates nahmen unter den Abgeordneten Platz. Der Präsident sagte, der Krieg habe die Fesseln der Völker zertrümmert, Kroaten, Serben und Slowenen die Möglichkeit gegeben, sich in einem freien, souveränen Staate zu vereinen. Der kroatische Sabor habe die Aufgabe, den jetzigen Zustand zu konstatieren, da er als einziges Parlament der Slawen die Möglichkeit habe, zu sprechen. Er habe die Aufgabe, den Antrag, der Sabor nicht bestehen, daß das heutige kroatische Reich, Slavonien, Fiume und dem königreich reich Dalmatien, Kroatien, Slavonien, Fiume und dem königreich Ungarn einerseits, sowie zwischen dem königreich Kroatien und Dalmatien andererseits aufgegeben, weiter, daß insbesondere das Ausgleichsgesetz zwischen Kroatien und Ungarn samt seinen Nachtragartikeln für null und nichtig erklärt werde, und daß infolgedessen das königreich Kroatien, Slavonien und Dalmatien von nun an selbständig und von Ungarn und Serbien in jeder Beziehung als unabhängig zu betrachten sei. Der kroatische Sabor erklärte, daß er die innere Struktur dieses Staates hat der Sabor sein Recht, endgültig zu beschließen, da er nur einen Teil des dreimillionen Volks vertritt. Staatsform und Verfassung muß eine konstante sein. Der neue Staat wird auf demokratischer Grundlage auf der nationalen und sozialen Gleichberechtigung aller Bürger basieren. Der Sabor wurde in Sitzungslaut General Scharich und Landwehrcorrespondent General Mikolajewitsch mit den Stabsoffizieren. Sie kommen mit dem Ruf empfangen: „Es lebe die nationale Armee.“ Während der Abstimmung spielte die Landwehrkapelle vor dem Parlament die kroatische Hymne, die alle Anwesenden besingend mitgingen.

Der Zagreber Nationalrat veröffentlicht eine Mitteilung, daß der Militärkommandant Scharich und der Landwehrkommandant General Mikolajewitsch sich dem Nationalrat mit der ganzen bewaffneten Macht zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt haben, dessen Anordnungen bedingungslos zu entsprechen. Die gesamte Landwehrmannschaft in Zagreb und die Offiziere wurden vom Obersten des 26. Landwehrregiments auf den Nationalrat vereidigt. Gesehen wird in ein Sondergut mit ungarischen Offizieren und Eisenbahnbeamten, die sich während in Zagreb zu bleiben, nach Budapest abzugeben. Im kroatischen Gebiet sind Inhaber ausgedehnt. Rastiz, Slavonien, Fiume, sowie die Provinzen Burgenland, Szabolcs, Pakrac und Pojeega. Die Schiffe des kaiserlichen Flotten, sowie die großen Bojatschew wurden geplündert und in Brand gesteckt. Destruktion, die sich während der sogenannten Grünen Raders nennen, plündern in ganz Serbien und stellen Defektur in Brand. Der Eisenbahnverkehr wurde wegen der Destruktionen, die auch Eisenbahner ermordeten, teilweise eingestellt werden. (Vgl. S. 2)

Bevorstehender Abbruch der türkischen Sonderverhandlungen.

Die Bedingungen leichter als für Bulgarien. — Neuierungen des Großwesirs.

Konstantinopel, 29. Oktober. (M. L. B.)
 Die Agentur Wolff teilt die offizielle Aufnahme der Sonderverhandlungen der Türkei mit der Gentente mit. Der von schon Gemeldeten gehört zu den Unterhändlern noch vormaliger Chef der 3. Armee Sabudschak, Assistenten v. b. g. in Unterredung mit dem Großwesir, wonach ein solcher Abbruch bevorsteht. Wenn die weiteren Bedingungen keine Berücksichtigung der Telegrafien notwendig machen, dann die Bedingungen leichter sein, als für Bulgarien; die militärische Besetzung von Konstantinopel oder sonstigen strategischen Gebieten. 13337 Fajda begründet den Sonderverhandlungen: „Nach dem Zusammenbruch Bulgariens übernahm die Türkei gemeinsam mit den Verbündeten den Friedensvertrag. Dann war es zu Sonderverhandlungen gekommen, Bulgarien vom Feinde befreit war. Die türkische Gentente ist exponiert und Deutschland nicht imstande, die verprochenen Verstärkung zu senden. Der Sondervertrag wurde den Deutschen und den österreichischen Boten mitgeteilt und von ihnen anerkannt.“
 „Gentente“ verlangt eine Unterredung mit Weisheit, dem politischen Leiter des kaiserlichen Stabes. Er erklärt, die Bedingungen seien von dem Minister bekannt; gewiß sei allein, daß sie leicht seien. „Gentente“ erklärt die leichten Bedingungen damit, daß der Vertrag auf Konstantinopel doch eine Kleinigkeit für die Gentente sei. „Gentente“ tritt einer Deutschen entgegen. Die Verantwortung eines gewissen Freundes sei weder wichtig noch für den Interessen dienlich. „Gentente“ meint, Deutschland hätte von seinen Verbündeten gegen die Engländer gegenüber den Jungtürken begehren hätten. Eine intelligentere Politik hätte den heutigen Zustand vermeiden. Aus Anlaß der Rückkehr Begnadigter fordert „Gentente“ diese auf, sie möchten sich aus Staatsinteresse nicht in dem Streit gegen das Komitee vereinen. „Gentente“ meint die beschleunigte Beilegung des Großrabbiners nach Amerika zwecks Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen an.

Die Einkommensteuer für das Geschäftsjahr 1917/18.

Von [Nachdruck verboten.] Justizrat Dr. Fuld (Mainz).

Obwohl kein Zweifel darüber bestehen kann, dass bei den Einkommenssteuern, deren Geschäftsjahr am 31. Juli 1918 zu dem Ende geschlossen wird, die Einkommensteuer nicht nach dem neuen Gesetz mit 20 pCt., sondern nach dem alten mit 25 pCt. zu berechnen ist, haben sich doch verschiedene Steuerbehörden anlässlich der Revision der Einkommenssteuern, bei denen die Einkommenssteuer für das Geschäftsjahr 31. Juli 1917 bis 31. Juli 1918 nach dem 1. August (dem Tage des Inkrafttretens der Einkommenssteuer) festgesetzt wurde, die Steuer mit 20 pCt. zu berechnen. Dies ist vollkommen unzulässig, und man muss sich an dem Standpunkt der Steuerbehörden um so mehr wundern, je mehr das Reichsgericht schon vor einer ganzen Reihe von Jahren sich im gegenläufigen Sinne ausgesprochen hat. Die Einkommenssteuer für das Geschäftsjahr trat am 1. Juli 1906 in Kraft, die Zentralsteuergesellschaft in Berlin, deren Geschäftsjahr am 31. März 1906 zu Ende ging, hielt am 2. Juli 1906 eine Generalversammlung ab. Der Fiskus glaubte sich berechtigt, die Einkommenssteuer mit 20 pCt. Einkommenssteuer an der in dieser Versammlung festgestellten Einkommenssteuer zu verlangen, die Gesellschaft aber unter Vorbehalt und das Reichsgericht erklärte durch Urteil vom 19. November 1917 (Band 67, Seite 109 der Entscheidung in Zivilsachen) die Erhebung der Steuer für unzulässig, weil die Steuer eine direkte Steuer, nicht eine Einkommenssteuer sei und eine Rückwirkung auf die vor ihrem Inkrafttreten veranlagte Einkommenssteuer nicht stattfindet. Selbstverständlich finden die in der entwickelten Rechtsgrundsätze auch auf die neue, erhöhte Einkommenssteuer Anwendung; die Einkommenssteuer bei den Einkommenssteuern, deren Geschäftsjahr mit dem 31. Juli abgeschlossen ist, mit diesem Tage verdient und kann daher auch nur nach dem Gesetze des an diesem Tage geltenden alten Steuer-Gesetzes versteuert werden. Der Tag, an dem die Generalversammlung abgehalten und die Einkommenssteuer festgesetzt wird, ist demnach rechtlich gleichgültig. Die Einkommenssteuer, die in Betracht kommt, können sich daher gegen die Zahlung der 20 pCt. ablehnend verhalten und von den Rechtsbehelfen Gebrauch machen, die nach dem Gesetze gegeben sind; der ordentliche Rechtsweg ist in Gemäßheit des § 8 des Gesetzes über die Rechtsmittel auch bei Rechtsstempelgebühren nicht mehr zulässig, aber es besteht kein Grund zu der Annahme, dass der Rechtsmittelwandel sich der erwähnten Entscheidung des Reichsgerichts nicht anschließen wird.

Mannesmannröhren-Werke.

Den Abschluss der Gesellschaft für das Jahr 1917/18 haben wir bereits ausführlich wiedergegeben. Der Rohgewinn war der Abschluss des Jahres 1917/18 betrug, wird zum Teil in anderer Weise verwendet wie im Vorjahre. Die Handlungskosten sind verhältnismäßig nicht sehr erheblich von 5426 833 Mark auf 6373 556 M. gestiegen. Dagegen wird für Steuern einschließlich Kriegsteuer rücklage, Stempel und Gebühren ein Betrag von 17 041 588 M. eingesetzt, wogegen ein Kriegseinkommen von 17 735 735 M. für Steuern einschließlich Kriegseinkommen vorauszahlung verwendet wurde. Während für 1917/18 nach der Formulierung der Steuerposten zweifellos die ganze Kriegsteuer rücklage in die Ausgaben der Gewinn- und Verlustrechnung eingesetzt worden ist, lässt die Fassung im vorigen Jahre die Deutung zu, dass nur der Teil der Kriegsteuer rücklage, der vor dem 1. August 1918 in die Kosten veranlagt worden ist, während ein anderer Teil zur Festsetzung des Rohgewinns abgezogen worden sein mag. Daraus würde sich zum Teil auch die Erhöhung der Steuer ausgaben im Jahre 1917/18 erklären. Zum anderen Teile hängt sie damit zusammen, dass die Kosten der im Dezember 1917 beschlossenen Kapitalerhöhung der Gesellschaft von 72 auf 88 Mill. M. nicht gleichmäßig unter den Steuerposten erschienen. Die Abschreibungen werden diesmal nur mit 5 639 556 M. gegen 12 821 323 M. ausgewiesen, wobei zu bemerken ist, dass im vorigen Jahre die Abschreibungen sich aus 8 311 577 M. ordentlichen und 4 509 745 M. außerordentlichen zusammensetzten. Im einzelnen sind diesmal auf Fabrikanlagen nur 5 519 732 M. (1917/18) auf Abschreibung gelangt. Eine Abschreibung auf Betriebsmittel (V. 2 348 825) unterbleibt diesmal. Der Uberschuss wird mit 24 208 960 M. (26 326 323) ausgewiesen. Die Dividende von 15 pCt. (wie i. V.) und der Proz. Bonus novem einmal, da die 14. Mill. M. neuen Aktien zur Hälfte daran teilnehmen, 14 230 000 M. (12 900 000) in Anspruch. Unter Angabe des Abschlusses im einzelnen aufgeführt haben, fehlt diesmal eine solche für den Wiederaufbau der Weltverkehrsbeziehungen (V. 4 Mill. M.). Dagegen wurden eine Rücklage für Betriebsmittel von 3 Mill. M. und eine solche für die Bildung einer eigenen Brandchenkasse von 1 Mill. M. unter Ausgaben vermerkt, also aus dem Rohgewinn, nicht aus dem Reingewinn bestehend.

Im Geschäftsbericht weist die Gesellschaft darauf hin, dass das Gewinnergebnis mit der abnormen beträchtlichen Steigerung des Umsatzes nicht gleichen Schritt gehalten habe, weil die Kosten der Herstellung, die Abgaben, Steuern und Kriegsteuern naturgemäß gewachsen, die Erlöse für die meisten Erzeugnisse aber ziemlich unverändert geblieben seien.

In der Bilanz sind die Bankguthaben mit 49,5 Mill. M. (50,3), die Wertpapiere infolge weiterer Zeichnungen auf die Kriegsanleihen mit 35,5 Mill. M. (19), die Schuldner mit 29,3 Mill. M. (28), die Schuldner der Verkaufsgemeinschaft mit 5,9 Mill. M. (6,4) ausgewiesen. Beteiligungen sind von 26,5 auf 52,2 Mill. M. gestiegen. Man erkennt aus dem Bericht, dass die Geschäftstätigkeit „Unser Fritz“ eine Beteiligung an der Mangenergruben-Gesellschaft Dr. Geier“ und weitere zur Abrundung erworbene Eisenwerksgesellschaften. Die sämtlichen Betriebsanlagen erscheinen mit 58,9 Mill. M. (55,4), die Verschmelzung mit den Wittern Stahlröhrenwerken, die erst im neuen Geschäftsjahre erfolgte, ist dabei nicht berücksichtigt. Unter den Passiven werden Gläubiger einschließlich Kriegsteuer rücklage mit 33 Mill. M. (33,5), Guthaben der Verkaufsgemeinschaft mit 5,9 Mill. M. (5,9), Vorauszahlungen von Kunden mit 7 Mill. M. (4,2) und Spareinlagen mit 6,2 Mill. M. (4,4) ausgewiesen.

Die Deutsche Mineralöl-Industrie Akt.-Ges. in Wiesbaden hat die Generalversammlung der Dividende auf 25 pCt. fest. Von einer Wiederwahl der beiden Vorsitzenden aus dem Aufsichtsrat ausbleibenden Vertreter der Deutschen Bank, Generaldirektor v. Haas und Bankdirektor Büchtemann wurde abgesehen. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass die Vertreter der Deutschen Bank auch aus der Deutschen Erdöl Akt.-Ges., zu deren Aktien die Deutsche Mineralöl-Industrie-Gesellschaft gehört, ausgeschieden sind.

L. A. Rindiger Maschinen- und Bronzewarenfabrik Akt.-Ges. in Augsburg. Die aufzufällige Auf- und Abwärtsbewegung des Kurses der Aktien der Unternehmens beruht, wie berichtet wird, weniger darauf, dass die Verhandlungen betreffs Übernahme der Daimler-Motorenwerke fehlgingen, als darauf, dass seit einer Anzahl von Wochen zwei Interessentengruppen durch grosse Ankäufe die Aktienmehrheit der Gesellschaft zu erlangen suchten. Es handelte sich dabei einerseits um eine württembergische Gruppe, die sich schon mehrfach während des Krieges in Bayern betätigt, und zweitens, um eine bayerische Gruppe, an deren Spitze ein

Augsburger Industrieunternehmen verwandten Charakters steht. Die letztgenannte Gruppe beabsichtigt zwecks Ausbaus ihres eigenen Fabrikationsprogramms für die Friedenszeit die Rindiger Maschinenfabrik einerseits, sowie die Rindiger Motorenfabrik andererseits zu übernehmen, da es ihr gelungen ist, sich namentlich die Mehrheit des Aktienkapitals zu sichern. Diesbezügliche Vereinbarungen können in den nächsten Wochen erwartet werden.

Kabelwerk Rheinfelden Akt.-Ges. In der Generalversammlung des Jahres 1917/18 wurde der Dividende auf 20 pCt. festgesetzt. Die Generalversammlung beschloss, dass die Kriegsteuern für die beiden ersten Kriegsjahre in dem vorliegenden Abschluss des Steuerbuches zugerechnet werden sollen, obwohl eine Kriegsteuernrücklage von 41 Mill. M. vorhanden sei. Der Aktionär beantragte, diese Lage von 41 Mill. M. vorhanden sei. Der Aktionär beantragte, diese Lage von 41 Mill. M. vorhanden sei. Der Aktionär beantragte, diese Lage von 41 Mill. M. vorhanden sei.

Leipziger Planofortfabrik Gebr. Zimmermann Akt.-Ges. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 18 pCt. fest, nachdem ein Aktionärsrat auf Erhöhung der Dividende auf 20 pCt. bestand. Die Generalversammlung beschloss, dass die Kriegsteuern für die beiden ersten Kriegsjahre in dem vorliegenden Abschluss des Steuerbuches zugerechnet werden sollen, obwohl eine Kriegsteuernrücklage von 41 Mill. M. vorhanden sei.

Leipziger Planofortfabrik Gebr. Zimmermann Akt.-Ges. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 18 pCt. fest, nachdem ein Aktionärsrat auf Erhöhung der Dividende auf 20 pCt. bestand. Die Generalversammlung beschloss, dass die Kriegsteuern für die beiden ersten Kriegsjahre in dem vorliegenden Abschluss des Steuerbuches zugerechnet werden sollen, obwohl eine Kriegsteuernrücklage von 41 Mill. M. vorhanden sei.

Portland-Zement-Fabrik Teutonia Akt.-Ges. In der Generalversammlung der Teutonia Akt.-Ges. wurde die Dividende auf 12 pCt. festgesetzt. Die Generalversammlung beschloss, dass die Kriegsteuern für die beiden ersten Kriegsjahre in dem vorliegenden Abschluss des Steuerbuches zugerechnet werden sollen, obwohl eine Kriegsteuernrücklage von 41 Mill. M. vorhanden sei.

Reichsbrot Akt.-Ges. In Kilmach. Die Generalversammlung der Reichsbrot Akt.-Ges. wurde die Dividende auf 12 pCt. festgesetzt. Die Generalversammlung beschloss, dass die Kriegsteuern für die beiden ersten Kriegsjahre in dem vorliegenden Abschluss des Steuerbuches zugerechnet werden sollen, obwohl eine Kriegsteuernrücklage von 41 Mill. M. vorhanden sei.

Reichsbrot Akt.-Ges. In Kilmach. Die Generalversammlung der Reichsbrot Akt.-Ges. wurde die Dividende auf 12 pCt. festgesetzt. Die Generalversammlung beschloss, dass die Kriegsteuern für die beiden ersten Kriegsjahre in dem vorliegenden Abschluss des Steuerbuches zugerechnet werden sollen, obwohl eine Kriegsteuernrücklage von 41 Mill. M. vorhanden sei.

Vom Holzkraftwerk sind folgende: Die Verhältnisse am Laubholzmarkt haben sich trotz der politischen Vorgänge in den meisten Sorten wenig verändert. Größere Käufer meckeln sich nicht mehr, die Preise sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Holzpreise sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Preissteigerung für Süßholz. Der Verband oberbayerischer Holzwirtschaften in Bayern hat die Preise für Süßholz um 10 pCt. erhöht. Die Preise für Süßholz sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Zur Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien. Die Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien ist im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien. Die Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien ist im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien. Die Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien ist im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien. Die Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien ist im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien. Die Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien ist im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien. Die Warenverkehr mit der Türkei und Bulgarien ist im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

An der Börse

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

Die Börse hat heute eine ruhige, aber nicht uninteressante Entwicklung genommen. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre. Die Kurse sind im allgemeinen etwas niedriger als im Vorjahre.

